

An die Gemeinde Eisingen
Bürgermeisterin Ursula Engert
und den Gemeinderat Eisingen
Rathaus
97249 Eisingen

Eisingen, den 30.01.2021

ANTRAG :

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin,
sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates,

nachdem die Gemeinde Höchberg 2020 auf der Gemarkung Eisingen Flächen von der Südzucker erworben hat und auf diesen, sowie direkt an der Gemarkungsgrenze Eisingen ein Industriegebiet plant, sehen wir die Notwendigkeit entsprechende Maßnahmen für die weitere Entwicklung Eisingens zu beschließen.

Auch die Planungen der Nachbargemeinden Kist und Waldbrunn im Hinblick auf die Ansiedlung von Gewerbe, sollte für Eisingen Ansporn sein, baldmöglichst eigene Planungen für Gewerbeansiedlungen in Eisingen voranzutreiben. Nur so kann die Gemeinde Eisingen den Einfluss auf die anzusiedelnden Gewerbebetriebe selbst beeinflussen und den ortsansässigen Unternehmen eine Sicherheit vor Wettbewerbern in den Nachbargemeinden bieten. Außerdem würde die Ansiedlung von weiteren Betrieben auch Mehreinnahmen bei der wichtigen Einnahmequelle Gewerbesteuer schaffen. Langfristig hätte das Positive Synergien für unseren Ort.

Deshalb stellt die CSU- Fraktion folgenden Antrag zum Haushalt 2021:

Im Haushaltsplan 2021 sind entsprechend Haushaltsansätze für Städtebauliche Planung (Planungskosten, Bebauungspläne u.ä.) für ggf. erforderliche Änderungen von Flächennutzungsplänen und Bebauungsplänen aufzunehmen.

Von weiteren Anträgen zum Haushalt, sehen wir zum jetzigen Zeitpunkt wegen der angespannten Haushaltslage in 2021 ab.

Wir bitten Sie, unseren Antrag im Rahmen der Beratungen zum Haushalt 2021 zu berücksichtigen und zu behandeln.

Mit freundlichen Grüßen
für die CSU- Gemeinderatsfraktion

Marco Pfrang

An die Gemeinde Eisingen
Bürgermeisterin Ursula Engert
und den Gemeinderat Eisingen
Rathaus
97249 Eisingen

Eisingen, den 30.01.2021

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin,
sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates,

die CSU- Gemeinderatsfraktion stellt folgenden

ANTRAG :

Festlegung ergänzender Regelungen zum Einsatz eines Sonderausschusses aufgrund der Corona Pandemie

In der Gemeinderatssitzung vom 18.12.2020 wurde auf Grund der Pandemiesituation mit einer im Landkreis Würzburg rasch steigenden 7-Tagesinzidenz, zum Vermeiden von Kontakten und Infektionen, der Beschluss gefasst, den Bau- und Umweltausschuss zum Sonderausschuss zu bestimmen. Durch diesen Beschluss wurden die Aufgaben des Gemeinderats „bis auf weiteres“ dem Sonderausschuss übertragen.

Leider wurde durch den Gemeinderat bei Fassung des Beschlusses übersehen, dass im Einzelnen nicht geregelt wurde, bei welchen Fallzahlen der Sonderausschuss den Gemeinderat ersetzen soll und ab wann bzw. unter welchen Umständen wieder der vollständige Gemeinderat tagen kann.

Die genauen Regeln müssen nun aber dringend beschlossen werden, damit nicht der Vorwurf der „Willkür“ aufkommen kann, bzw. um für uns alle Rechtssicherheit zu gewährleisten.

Immerhin werden durch diesen Schritt 10 von 16 gewählten Gemeinderät*innen auf nicht näher bezifferte Zeit und Umstände daran gehindert, das politische Mandat auszuüben, welches ihnen in einer demokratischen Wahl erteilt wurde.

Zudem hat sich durch die Verpflichtung stets eine FFP2-Maske zu tragen eine vollkommen neue Situation ergeben, da dies die Ansteckungsgefahr drastisch reduziert.

In allen medizinischen Einrichtungen Deutschlands werden in der Behandlung von Covid 19- Verdachtsfällen und Covid 19-Patienten FFP2 Masken als Schutz getragen, was als

ausreichend sicherer Standard vor einer Ansteckung gilt. Zusätzlich bietet die Erbachhalle die Möglichkeit, die Abstandsregeln optimal einzuhalten.

Unter diesen Bedingungen ist es fraglich, ob überhaupt noch ein Sonderausschuss eingerichtet werden muss.

Deshalb stellt die CSU- Gemeinderatsfraktion folgenden Antrag:

Beschlussvorschlag 1:

Der Gemeinderat fasst erneut einen Beschluss, ob auch in Zukunft ein Sonderausschuss aufgrund der Corona- Pandemie eingerichtet werden soll.

Wenn sich der Gemeinderat auch weiterhin für einen Sonderausschuss ausspricht, stellen wir folgenden Antrag auf Erweiterung des bisherigen Beschlusses.

Beschlussvorschlag 2:

-Liegt die 7-Tages-Inzidenz für Covid-Neuerkrankungen im Landkreis Würzburg bezogen auf 100 000 Einwohner am Ladungstag über 100 Fälle, wird der Gemeinderat durch den Sonderausschuss ersetzt.

-Liegt die 7-Tages-Inzidenz am Ladungstag unter 100 neue Fälle im Landkreis Würzburg wird der komplette Gemeinderat zur Sitzung geladen.

-Der Sonderausschuss entspricht in seiner personellen Zusammensetzung, inklusive der Vertreter, dem Bauausschuss.

-Im Sonderausschuss werden ausschließlich Themen behandelt und verabschiedet, die dringlich und zwingend notwendig sind, um laufende oder notwendige Bauvorhaben sowie andere dringende Angelegenheiten der Gemeinde weiter voranzutreiben.

-Alle Angelegenheiten die nicht dringlich zu verabschieden sind, werden auf die nächste stattfindende (vollständige) Gemeinderatssitzung vertagt.

-Der Sonderausschuss und reguläre Gemeinderat beginnt seine Sitzung um 19:00 Uhr und endet spätestens gegen 20:45 Uhr um den Mitgliedern die Möglichkeit zu geben, vor Beginn der aktuell geltenden Ausgangssperre zu Hause eintreffen zu können. Bei einer sich ändernden Regelung diesbezüglich ist die Uhrzeit für das Sitzungsende entsprechend anzupassen.

Wir bitten darum, dies in der nächsten Sitzung auf die Tagesordnung zu nehmen.

Mit freundlichen Grüßen

für die CSU- Gemeinderatsfraktion

Marco Pfrang